

pädie der chinesischen Geschichte hingestellt. Es besteht aus einem Einleitungsband und einhundert weiteren Bänden (Monographien). Der Stoff ist in zehn Abteilungen (*dian*) untergliedert: kultureller Entwicklungsprozeß nach Dynastien, regionale Kulturen, Kulturen der Nationalitäten, Kultur der (staatlichen) Ordnung, Bildung und Ritus, Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und Technik, Kunst und Literatur, Religion und Brauchtum, kultureller Austausch zwischen China und dem Ausland. Insgesamt wurde acht Jahre an dem Werk gearbeitet (zum Entstehungsprozeß s. GMRB, 10.11.98, S.1). Erschienen ist es im Shanghaier Volksverlag. Bemerkenswert ist, daß der Hauptherausgeber Xiao Ke (Jahrgang 1909) ein ehemaliger General ist, der seit 1927 KPCh-Mitglied ist, in den kommunistischen Stützpunktgebieten und im Krieg gegen Japan eine große Rolle spielte und auch nach 1949 mehrere hohe militärische und politische Ämter bekleidete. Im Militär soll er „der konfuzianische General“ genannt worden sein (ebd.). Mit ihm war die Verbindung zum kulturkonservativen Establishment der VR China hergestellt. Insgesamt ist das Werk – ungeachtet seiner wissenschaftlichen Qualität – als Ausdruck des chinesischen Kulturchauvinismus zu bewerten. -st-

### 13 Kritik an Chinas Urbanisierungsmodell

Die Kommunistische Partei hat kürzlich ihre Politik bekräftigt, die Zahl der Großstädte niedrig zu halten und die Mehrzahl der 160 Millionen überschüssigen Arbeitskräfte vom Lande in kleineren Städten von weniger als 200.000 Einwohnern leben zu lassen, anstatt sie in Großstädten anzusiedeln. Erst jüngst hat Jiang Zemin bestätigt, daß die Politik, kleinere Städte zu bauen und kleinstädtische Industrien zu entwickeln, den nationalen Bedingungen Chinas entspreche. Dies sei daher eine langfristige Politik und Leitlinie. Auf seiner Plenartagung im Oktober hat das ZK einige Neuerungen in der Landwirtschaftspolitik beschlossen. Dazu zählen u.a. eine Lockerung des städtischen Registrierungssystems und die Ansiedlung überschüssiger ländlicher Arbeitskräfte in Kleinstädten. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß zu viele ländliche Bewohner in die Großstädte wandern, wo die Registrierung immer noch ziemlich streng gehandhabt wird.

Im Unterschied zu anderen Ländern, wo 50-80 Prozent der Bevölkerung in Großstädten leben, will China den Anteil der Bevölkerung, die in Großstädten von über einer halben Million Einwohnern lebt, auf etwa 17 Prozent begrenzen. In China gibt es trotz einer Bevölkerung von 1,2 Milliarden Menschen nur elf Großstädte mit einer Einwohnerzahl von über 2 Millionen. Hingegen verfügt es über 400 Städte mit weniger als 200.000 Einwohnern.

Die überwiegende Mehrzahl von Siedlungen oberhalb der Dorf- und Gemeindeebene stellen jedoch Kleinstädte (*zhen*) dar, von denen es 50.000 gibt. In ihnen leben rund 150 Millionen Menschen. Vor 1984 waren diese Kleinstädte lediglich Verwaltungszentren der Volkskommunen, heute sind sie Hauptanlaufstelle überschüssiger Arbeitskräfte aus den Dörfern. Durch die jüngsten Neuregelungen ist es deren Ehepartnern, Kindern und sonstigen Angehörigen nunmehr gestattet, sich in den Kleinstädten niederzulassen. Das Wohnrecht in diesen Kleinstädten beinhaltet allerdings nicht die Vorteile, die das Stadtleben mit sich bringt, wie z.B. Getreidecoupons, Schulgeldfreiheit oder subventionierte Heizung, Elektrizität und Beförderung.

Neuerdings wird die Politik der Förderung von Kleinstädten und der Begrenzung von Großstädten nicht mehr kritiklos hingenommen. Kritiker dieser Politik führen vor allem die Vergeudung wertvollen Ackerlandes an, die eine Folge des extensiven Baus von Kleinstädten sei. Der Umweltschützer He Bochuan hat berechnet, daß die Entwicklung neuer Kleinstädte nach dem gegenwärtigen Muster elfmal mehr landwirtschaftliche Nutzflächen verschlinge als wenn man den überschüssigen Arbeitskräften auf dem Lande einfach erlaubte, in die vorhandenen Großstädte zu ziehen. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Staatlichen Planungskommission, Wang Jian, machte gar den Vorschlag, neun Megastädte zur Absorbierung der ländlichen Bevölkerung zu gründen, um auf diese Weise die Investitionskosten und den Landverlust zu begrenzen. Durch den Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Flächen sei es schwierig, sowohl die Industrialisierung voranzutreiben als auch die Bevölkerung zu ernähren.

Diese Stimmen bleiben nicht ohne Resonanz. Ministerpräsident Zhu reagierte mit einer unbefristeten Ver-

längerung eines einjährigen Verbots, unautorisiert auf landwirtschaftlichen Nutzflächen zu bauen. Außerdem wurde ein strenges Landnutzungsgesetz erlassen, das im Januar 1999 in Kraft tritt und verhindern soll, daß in China pro Jahr eine halbe Million Hektar Land durch Urbanisierung verloren geht. Präsident Jiang unterbreitete den Vorschlag, Land durch Zusammenlegung benachbarter Dörfer zu sparen. Die Provinz Jiangsu hat daraufhin angekündigt, ihre 280.000 Dörfer zu etwa 50.000 größeren Dörfern zusammenzufassen und dadurch 200.000 Hektar einzusparen. (Vgl. SCMP, Internet Ed., 9.11.98)

Angesichts der akuten Landknappheit und der damit verbundenen Probleme für die Getreideversorgung der chinesischen Bevölkerung muß die Regierung handeln. Ob das neue Landnutzungsgesetz seine Wirkung tut, wird sich zeigen müssen, desgleichen, ob die gemachten Vorschläge zur Einsparung von Ackerland praktikabel sind. Zur Zeit sieht es nicht danach aus, als seien die Großstädte gewillt, in noch größerem Maße als bisher überschüssige ländliche Arbeitskräfte zu absorbieren. Ganz im Gegenteil versuchen Städte wie Beijing und Shanghai die Kontrolle über die Migranten auf ihrem Gebiet zu verschärfen und illegale Einwanderer zu vertreiben. -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 14 US- Unternehmen: „Geschäftsklima in China hat sich verschlechtert“

Nach Einschätzung von Robert Kapp, Vorsitzender des US-China Business Council, sind die US-amerikanischen Unternehmen mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in China sehr unzufrieden. Obwohl die zwischenstaatlichen Beziehungen so entspannt wie nie zuvor waren, scheinen Kapp zufolge die Geschäftsbeziehungen an Bedeutung zu verlieren. Als Begründung hierfür weist Kapp auf eine Reihe von Ursachen hin, zu denen sowohl interne Entwicklungen in China und den USA als auch globale Einflüsse zählen. Kapp nennt u.a. folgende Entwicklungen, die das Geschäftsklima für amerikanische Unternehmen in China verschlechtern:

### *Nebenwirkungen von Reformen im Inland*

Einige der Probleme, denen sich die US-Unternehmen gegenübersehen, sind eine Folge der Reformen, die im Frühjahr d.J. in China begonnen wurden. Obwohl diese Reformmaßnahmen überfällig waren, sehen sich die ausländischen Unternehmen zumindest kurzfristig zahlreichen Widrigkeiten gegenüber.

So wird zwar die administrative Reorganisation mit dem Ziel der größeren Effizienz und Rationalität willkommen geheißen, die damit verbundene Konfusion in den Behörden und die größere bürokratische Immobilität jedoch kritisiert. Auch das Vorgehen gegen die überall vorhandene Korruption wird unterstützt, doch werden die negativen Auswirkungen für ausländische Unternehmen als Folge der Korruptionsbekämpfung abgelehnt. Hierzu zählt, daß Brüche im chinesisches Importsystem entstanden sind, die die Handelsaktivitäten ausländischer Exporteure gefährden. Die schärfere Überwachung der Devisendokumentation und -abwicklung, die Schmuggel und Kapitalflucht verhindern soll, führt zu enormen Schwierigkeiten für ausländische Unternehmen, ihre rechtmäßigen Devisenansprüche aus Exporttransaktionen durchzusetzen.

Weiterhin sind auch mit der Reform der Staatsunternehmen vielfältige negative Auswirkungen für ausländische Unternehmen verbunden. So wird die Beschleunigung der Reform der Staatsunternehmen zwar als äußerst notwendige Maßnahme betrachtet, doch erscheinen die sozialen Kosten der massiven Beschneidung des Staatssektors unter den globalen und regionalen wirtschaftlichen Bedingungen sehr groß zu sein. Einige Berater der chinesischen Regierung gehen sogar davon aus, daß 1999 rd. 23,8 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden müßten, um die entlassenen Arbeitskräfte der staatseigenen Unternehmen und der Verwaltung zu absorbieren. Die vor diesem Hintergrund von der Regierung vor kurzem ergriffenen Maßnahmen, um staatseigene Unternehmen noch am Überleben zu erhalten, wirken sich negativ auch auf das Geschäftsklima für ausländische Investoren aus.

### *Nebenwirkungen der globalen und regionalen Situation*

Eine Reihe von Problemen für ausländische Investoren sind im Zusammen-

hang mit der Asienkrise zu sehen, deren Auswirkungen sich für China in den letzten Monaten stärker bemerkbar gemacht haben. China sieht sich auf bestimmten Exportmärkten einem stärkeren Wettbewerb ausgesetzt und das Exportwachstum hat erheblich nachgelassen. Um trotzdem die geplante Wachstumsrate zu erreichen, hat die Regierung hohe Investitionen in die Wirtschaft gepumpt. Viele ausländische Beobachter vermuten weiterhin, daß China aufgrund der Asienkrise die weitere außenwirtschaftliche Liberalisierung als zweitrangig betrachtet, da durch die Asienkrise die Gefahren einer zu schnellen Liberalisierung offenbar geworden sind.

Von vielen US-Unternehmen wird die Abkühlung des Geschäftsklimas in China besonders deutlich empfunden, da sie auch in den USA mit zahlreichen Problemen konfrontiert sind. Die von Kapp genannten Dimensionen treffen auch für andere Unternehmen mit Auslandskapital zu, die in ihrem China-Geschäft durch die inländischen Reformen und die globalen sowie regionalen Entwicklungen beeinträchtigt sind. US-Unternehmen in China rät Kapp, in der jetzigen Situation keine einseitige Negativbeurteilung durchzuführen, sondern folgende Aspekte zu überdenken:

1. Ausländische Unternehmen sind zwangsläufig eingebunden in den massiven Wandel, den das Wirtschaftssystem durchlebt, und der Systemwandel ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Auslandsunternehmen, die sich in Sektoren etabliert haben, die von starken Veränderungen betroffen sind, müssen sich notgedrungen anpassen.
2. Es sollten nicht alle Befürchtungen der Unternehmen auf die schwierige Situation in China zurückgeführt werden. Viele US-Unternehmen würden weitaus schlechter dastehen, wenn China innerhalb der Weltwirtschaft nicht diese bisher relativ hohe Stabilität bewiesen hätte.
3. Die US-Unternehmen sollten eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Außenhandel und Direktinvestitionen nicht ohne weiteres hinnehmen. China gegenüber sollte deutlich gesagt werden, welche negativen Wirkungen für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen durch eine Ver-

schlechterung des Geschäftsklimas verbunden sein könnten.

4. Es müssen die Untiefen der politischen Immobilität in beiden Ländern hinsichtlich Handel und Wirtschaftsbeziehungen umschiffert werden. Sollte die Politik, die für beide Seiten eine Zunahme der Vorteile aus den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen anstrebt, erfolglos sein, wären damit negative Auswirkungen sowohl für China als auch für die USA verbunden. (Kapp, R.A., „Adversity Knocks“, in: *The China Business Review*, November-December, 1998, S. 6-7)

Die von Kapp geäußerten Bedenken haben ein relativ großes Gewicht, da der US-China Business Council rd. 280 amerikanische Unternehmen vertritt, die in China operieren.

Die USA gelten mit 25.000 Projekten und einem realisierten Investitionsvolumen von rd. 28 Mrd. US\$ hinter Hongkong und Taiwan als der größte Investor in China. Außerdem sind die USA der zweitwichtigste Handelspartner für China, und aus amerikanischer Sicht ist China der viertwichtigste Handelspartner. Obwohl sich die bilateralen Beziehungen durchaus schnell entwickelt haben, sind die US-Unternehmen unzufrieden, da die Öffnung des chinesischen Marktes als unzureichend betrachtet wird. Insbesondere in Sektoren, in denen US-Unternehmen eine hohe Wettbewerbsfähigkeit besitzen wie z.B. Telekommunikation, Versicherungen, Bankdienstleistungen und Agrarprodukte, weist der chinesische Markt vielfältige Restriktionen auf. (SCMP, 27.11.98) -schü-

### **15 Neuorganisation der Joint Venture-Unternehmen im Einzelhandel erschwert Expansionspläne ausländischer Investoren**

Nachdem die Zentralregierung eine Neuorganisation der sino-ausländischen Joint Venture im Einzelhandel angekündigt hat, werden die Auslandsunternehmen ihre geplanten Expansionspläne zunächst aussetzen müssen. Die bis Ende des Jahres durchzuführende Neuorganisation betrifft die von der Zentralregierung nicht genehmigte Mehrheitsbeteiligung von Auslandsunternehmen, die mit Einverständnis der Lokalregierungen praktiziert worden war.

Die Wirkung der Neuorganisation der Joint Venture-Unternehmen wird darin bestehen, daß die inländischen Einzelhandelsgeschäfte stärker geschützt werden. Da die chinesischen Partner im allgemeinen nicht in der Lage sind, in demselben Umfang Kapital für eine Ausweitung einzubringen, sind die Expansionsmöglichkeiten bestehender sino-ausländischer Unternehmen damit begrenzt worden.

Wieviel der insgesamt 277 sino-ausländischen Joint Venture-Unternehmen im Einzelhandel ihre Mehrheitsbeteiligung an ihren chinesischen Partner abgeben müssen, ist nicht genau bekannt. Schätzungen gehen von ca. 200 sino-ausländischen Unternehmen im Einzelhandel aus, die seit 1992 unter Umgehung der Vorschriften nicht von der Zentralregierung, sondern von Lokalregierungen genehmigt wurden und eine Mehrheitsbeteiligung besitzen. In Shanghai sollen beispielsweise von den 72 sino-ausländischen Unternehmen im Einzelhandel nur 9 Unternehmen ordnungsgemäß registriert sein und die maximale Beteiligungsmöglichkeit von 50% aufweisen. Es wird sogar damit gerechnet, daß einige sino-ausländische Unternehmen, die noch nicht einmal von der Provinz-, sondern von der Stadtregierung genehmigt wurden, geschlossen werden. (FT, 10.11.98)

Die Durchsetzung der zentralstaatlichen Auflagen für sino-ausländische Joint Venture-Unternehmen erfolgt in einer sehr schwierigen Situation für den Einzelhandel insgesamt. So sind die Einzelhandelspreise seit dem letzten Jahr stetig gesunken. Starke Preisrückgänge gelten beispielsweise für den im Shanghaier VW-Joint Venture produzierten Pkw, der nicht mehr 140.000 Yuan, sondern 115.000 Yuan kostet. Preisgünstiger ist beispielsweise auch Haushaltselektronik geworden. Während der Preis für einen Mikrowellenherd 1997 noch 820 Yuan betragen hat, kostet dieser jetzt 500 Yuan. Sogar viele Nahrungsmittel sind heute preisgünstiger als im Vorjahr. Diese für Verbraucher vorteilhafte Entwicklung wirkte sich verheerend auf die Situation der Konsumgüterhersteller und Einzelhändler aus.

Nach Einschätzung von Zhang Xincheng, Aufsichtsratsvorsitzender der Hualian Gruppe, die zu Chinas größten Einzelhandelsunternehmen zählt, hat sich einerseits die Zunahme der Einkommen verlangsamt und andererseits die Ausgabenstruktur der Haus-

halte verändert. Für die Verbraucher seien die Ausgaben für Versicherung, Bildung und Wohnung deutlich gestiegen. Die schwächere Kaufkraft sowie das Überangebot wirkten zusammen und verursachten einen trägen Markt. Die geringe Kaufkraft der Konsumenten spiegelt auch das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung wider.

In den letzten Jahren stieg außerdem die Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte erheblich. In Shanghai beispielsweise mehr als verdoppelte sich die Verkaufsfläche der Einzelhandelsgeschäfte, da jährlich rd. 100 Supermärkte neu eröffnet wurden. Inzwischen gibt es in Shanghai rd. 900 dieser Geschäfte. Die Gewinnspannen im Einzelhandel sind aufgrund dieser Entwicklungen drastisch gesunken. (FT, 16.11.98)

Während der Einzelhandelssektor durch eine starke Wettbewerbssituation geprägt ist, stellt die o.a. Durchsetzung der zentralstaatlichen Vorgaben für die Beteiligung von ausländischen Unternehmen eine zusätzliche Hürde dar.

Die schwierige Lage im Einzelhandelssektor hat dazu geführt, daß das britische Einzelhandelsunternehmen Marks and Spencer nach einer dreijährigen Erkundungsphase das Shanghai Büro geschlossen hat und von einem weiteren Markteinstieg zunächst Abstand genommen hat. Einem Unternehmenssprecher zufolge sind die Haushalte mit einem mittleren Einkommen die wichtigste Zielgruppe. Obwohl der Umfang dieser Zielgruppe in Shanghai zugenommen habe, sei noch kein Niveau erreicht, das die Öffnung eines Einzelhandelsgeschäftes rechtfertige. Shanghai hätte der Standort des ersten Geschäftes sein sollen. (FT, 10.11.98) -schü-

#### 16 Auch 1999 keine Abwertung?

Im November hat eine Reihe hochrangiger chinesischer Politiker darauf verwiesen, daß die Währung auch weiterhin nicht abgewertet wird. So erklärten Dai Xianglong, Zentralbankpräsident, und Li Fuxiang, neuer Vorsitzender der State Administration of Foreign Exchange (SAFE), Mitte November, daß zwar die Währung wahrscheinlich einem stärkeren Abwertungsdruck ausgesetzt, China jedoch nicht mit einer Verschuldungskrise konfrontiert sein wird. Das *Asian*

*Wall Street Journal* vom 19.11.98 schließt aus den Erklärungen von Dai und Li, daß die chinesische Regierung auch im kommenden Jahr den Wechselkurs unverändert lassen wird. Beide machten auch deutlich, daß die beträchtliche Verschuldung in erster Linie als ein inländisches Problem betrachtet werden soll, daß keinen Einfluß auf ausländische Märkte hat.

Zwar sagten Dai und Li nicht direkt, ob der Yuan im Jahre 1999 abgewertet wird oder nicht, doch hoben beide die positiven Aspekte der chinesischen Wirtschaft hervor, insbesondere den nach wie vor großen Handelsbilanzüberschuß und die hohen Devisenreserven. Hieraus schließt das *Asian Wall Street Journal*, daß die politische Führung in der Öffentlichkeitsarbeit eine neue Strategie eingeschlagen hat. Anstatt die Nichtabwertung zu betonen, die im Verlauf des Jahres von ausländischen Analysten ständig bezweifelt worden war, wird auf die Wirtschaftsdaten verwiesen, die eine Abwertung unnötig machten.

In den ersten 10 Monaten d.J. erreichte China noch einen Handelsbilanzüberschuß von 38,4 Mrd. US\$, und die Währungsreserven sollen sich auf rd. 141 Mrd. US\$ belaufen. Allerdings konnten die Exporte im Vergleich zur Vorjahresperiode bis Oktober nur um 1,3% erhöht werden; im Oktober trat sogar ein Rückgang um 17% im Vergleich zum Vorjahresmonat auf. (AWSJ, 19.11.98)

Die deutlichste Stellungnahme zur Frage der Abwertung kam im November von Ministerpräsident Zhu Rongji. Daß China auch im nächsten Jahr nicht abwerten will, soll Zhu Rongji nach Angaben der *China Daily* angekündigt haben. Trotz Asienkrise und der verheerenden Flutkatastrophe soll sich Zhu Rongji optimistisch gegeben und erklärt haben, daß ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 8% erreicht werden kann. (FT, 23.11.98) -schü-

#### 17 Anstieg der Erdölimporte erwartet

Auf einer Anfang November d.J. in China durchgeführten internationalen Erdöl- und Erdgaskonferenz wurden offizielle Schätzungen zur mittel- und langfristigen Erhöhung der Erdölimporte vorgestellt. Wang Jiming, stellvertretender Präsident der China Petrochemical Corp. (Sinopec), geht da-

von aus, daß China bis zum Jahr 2010 einen Bedarf von 280 Mio. t Rohöl haben wird, der zu rd. 25% aus Importen gedeckt werden muß. Schätzungen von Luo Yingjun von der zweiten großen Erdölgesellschaft China National Petroleum & Gas Corp (CNPC) zufolge werden bis 2010 Importe in Höhe von 40 bis 50 Mio. t notwendig werden.

In den ersten acht Monaten d.J. betrug das Volumen der Erdölimporte 21,37 Mio. t, ein Anstieg um lediglich 1,1% gegenüber der Vorjahresperiode. Trotz Ausfällen in der Produktion aufgrund der Überschwemmungen im Sommer wird für das gesamte Jahr nur mit Einfuhren von rd. 25 Mio. t gerechnet, ein deutlicher Rückgang gegenüber den Importen von 35,47 Mio. t des Jahres 1997.

Das laufende Jahr wird von der Erdölindustrie als extrem schwierig beschrieben, und zwar aufgrund der Konjunkturlaute, dem Verfall der Preise auf dem Weltmarkt sowie dem weitverbreiteten Erdölschmuggel. Aufgrund des gesättigten Marktes waren zunächst die Bohrstellen mit einer Produktionskapazität von weniger als 1,4 Mio. t pro Jahr geschlossen worden. Nachdem im Juli die Anti-Schmuggelaktivitäten der Regierung Wirkung zeigten und die inländischen Erdölpreise erhöht worden waren, lohnte es sich wieder, diese Bohrstellen in Betrieb zu nehmen.

Obwohl die CNPC für dieses Jahr mit einer erheblichen Steigerung ihrer Produktion gerechnet hatte, wird die Gesamtmenge nur bei rd. 107 Mio. t liegen, also auf dem Niveau des Vorjahres. Die CNPC trägt im Durchschnitt rd. zwei Drittel zur nationalen Fördermenge bei. Für 1998 wird mit einem Rückgang der Gewinne auf rd. 4 Mrd. Yuan aufgrund von Verlusten der Raffinerien und niedriger Gewinne abgelegener Ölfelder, für die hohe Transportkosten zu den Raffinerien anfallen, gerechnet. Die Produktionskosten sind der CNPC zufolge in China vergleichbar hoch wie in den USA und Europa, allerdings höher als im Mittleren Osten. Nur das größte Ölfeld in Daqing hat Produktionskosten von 100-200 Yuan pro Tonne. (SCMP, 6.11.98)

Li Yongwu, Direktor der Staatlichen Behörde für die Petroleum- und Chemieindustrie, rechnet damit, daß die Raffinerien im laufenden Jahr nur bis zu 60% ausgelastet sind. (AWSJ, 2.11.98) Sinopec zufolge sind die Ursa-

chen hierfür vor allem billige Erdölimporte und Schmuggel. Im letzten Jahr lag die Auslastung der Raffinerien, die 160 Mio. t verarbeiten können, bei 70%. Trotz der niedrigen Auslastungen plant die chinesische Regierung, die Kapazitäten der einzelnen Raffinerien weiter auszubauen, die dann jeweils mindestens 5 Mio. t pro Jahr verarbeiten sollen. (NfA, 4.11.98)

Die im Frühjahr begonnene Reorganisation des Erdölsektors wird von ausländischen Analysten zwar grundsätzlich befürwortet, der Zeitpunkt der Umstrukturierung jedoch als äußerst ungünstig angesehen. So waren die zwei marktbeherrschenden Konzerne, CNPC und Sinopec, mit dem Ziel umstrukturiert worden, zwei vertikal organisierte Konzerne mit hoher Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Die Umstrukturierung fand unter schwierigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen und niedrigen Erdölpreisen statt und führte dazu, daß die beiden Konzerne beim Kampf um regionale Marktanteile hohe Verluste erlitten. (NfA, 30.11.98) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

### 18 Neue Struktur der Zentralbank nimmt Gestalt an

Mitte November kündigte die Zentralbank die Gründung der ersten Regionalniederlassung der Zentralbank in Shanghai an. Weitere acht Regionalniederlassungen sollen bis zum 20.12.98 hinzukommen. Damit wird die Anfang des Jahres aufgezeigte Umstrukturierung der Zentralbank in provinzenübergreifende Niederlassungen abgeschlossen, die an die Stelle der 31 derzeitigen Niederlassungen auf der Ebene der Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte treten werden. Die Regionalniederlassungen der Zentralbank werden vorläufigen Mitteilungen zufolge in folgenden Städten zu finden sein, denen dann jeweils bestimmte Regionen zugeordnet werden:

*Shanghai:* Die neu gegründete Regionalniederlassung der Zentralbank in Shanghai wird zukünftig durch Wu Xiaoling, frühere Direktorin des State Administration of Foreign Exchange, geleitet werden. Die Regionalniederlassung ist eine Fusion der drei frü-

heren Niederlassungen der Zentralbank in Shanghai sowie in den Provinzen Fujian und Zhejiang. Der Einflußradius der neuen Regionalniederlassung in Shanghai erstreckt sich auf rd. ein Siebtel des nationalen Kredit- und Einlagenvolumens des Bankensystems. Die offizielle Eröffnung der Regionalniederlassung wird Anfang Januar 1999 sein.

Nach Angaben des Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong ist Shanghai als Standort aufgrund seiner Funktion als regionaler und internationaler Finanzmarkt ausgewählt worden. Die Regionalniederlassung wird rd. 400 Beschäftigte haben; allein die alte Zentralbankniederlassung Shanghai hatte 580 Beschäftigte. Neben Wu Xiaoling wird es weitere fünf stellvertretende Direktoren in der Regionalniederlassung geben.

Regionalniederlassung *Shenyang:* Von einer Regionalfiliale in der Hauptstadt der Provinz Liaoning aus werden zukünftig die drei nordöstlichen Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang betreut werden.

Regionalniederlassung *Tianjin* wird zuständig für die regierungsunmittelbare Stadt Tianjin sowie die Provinzen Hebei und Shanxi und die Autonome Region Innere Mongolei sein.

Regionalniederlassung *Jinan:* Von der Hauptstadt der Provinz Shandong aus erfolgt die Kontrolle über die Provinzen Shandong und Henan.

Regionalniederlassung *Nanjing:* Diese Niederlassung in der Hauptstadt der Provinz Jiangsu wird ihre Kontrolle auf die Provinzen Jiangsu und Anhui erstrecken.

Regionalniederlassung *Guangzhou:* Von der Hauptstadt der Provinz Guangdong aus wird die Regionalniederlassung Guangzhou die Provinzen Guangdong, Guangxi und Hainan kontrollieren.

Regionalniederlassung *Wuhan:* Diese Niederlassung in der Hauptstadt der Provinz Hubei wird die Provinzen Hubei, Hunan und Jiangxi beaufsichtigen.

Regionalniederlassung *Chengdu:* Von der Hauptstadt der Provinz Sichuan aus muß sich diese Regionalniederlassung die Provinzen Sichuan, Yunnan und Guizhou kümmern.

Regionalniederlassung *Xian:* Die geldpolitische Aufsicht über die Provinzen Shaanxi, Gansu, Qinghai sowie über